

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

XXII. GP.-NR
191 IA (E)
2003 -07- 09

der Abgeordneten Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

betreffend eine überfällige Kyoto-Offensive im Verkehrsbereich

Der Verkehr ist derjenige Sektor, in dem die klimabelastenden Emissionen nach wie vor zu- statt abnehmen. Damit ist der Verkehrsbereich der Hauptverursacher der nach wie vor zunehmenden Treibhausgasemissionen und das größte Risiko für ein Verfehlen des Kyoto-Ziels.

Die nationale österreichische Klimastrategie sieht einen einigermaßen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Frage der Reduktion von klimarelevanten Emissionen aus dem Verkehrsbereich vor. Dabei sind unter anderem eine fahrleistungsabhängige LKW-Maut, Verbesserungen im Güterverkehr, Investitionen in die Bahninfrastruktur und den ÖPNRV, Mobilitätszentralen und (betriebliche) Mobilitätskonzepte, steuerpolitische Maßnahmen im Treibstoffbereich und bei anderen Verkehrssteuern und -abgaben, die Forcierung von Biotreibstoffen und alternativen Antrieben sowie Fragen der Raumplanung/Raumordnung und Flächenwidmung angesprochen.

Diverse klimaschädliche Trends im Verkehrsbereich, die insbesondere durch steuerpolitische Fehlsteuerungen verursacht sind, sowie absehbare zusätzliche klimaschädliche Emissionen wie etwa durch Harnstoffkatalysatoren lassen ohne entschiedene politische Gegenmaßnahmen keine Änderung der unerfreulichen Entwicklung erwarten.

Wenngleich insbesondere im Bereich des Verkehrs- als auch des Umweltressorts bereits eine Reihe prinzipiell in diese Richtung zielender Projekte, Maßnahmen und Initiativen bestehen, sind angesichts der Größe der Herausforderung zusätzliche Maßnahmen nötig. Die Bundesregierung bzw. einzelne ihrer Mitglieder haben in der vergangenen Wahlauseinandersetzung und seitdem entsprechende Zusagen getätigt (Beispiel Staatssekretär Kukacka/Partikelfilter), Maßnahmen werden jedoch bisher nur schleppend und punktuell statt gebündelt und vordringlich gesetzt.

Eine konsequente und zügige Umsetzung der entsprechenden Vorschläge der Klimastrategie ist dringend erforderlich, wobei dadurch Maßnahmen im Bereich der Luftreinhaltung nicht konterkariert werden dürfen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden aufgefordert, umgehend eine Kyoto-Offensive im

Verkehrsbereich vorzulegen. Um die klimaschädlichen Trends zu brechen und rasch deutliche Fortschritte in Richtung Klimaschutzziele zu erzielen, muß eine solche "Kyoto-Offensive Verkehr" insbesondere folgende Schwerpunkte umfassen:

- + eine Investitionsoffensive für den Öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr;
- + eine Offensive und Mittelbündelung zugunsten der anderen Elemente des "Umweltverbundes", also Radfahren und Zufußgehen;
- + eine Ökologisierung bei Treibstoffen, Antriebskonzepten und bei der Fahrzeugnutzung;
- + eine nachhaltigere Gestaltung des Güterverkehrs, auf der Straße wie auch bei den anderen Verkehrsträgern;
- + eine Intensivierung der Bemühungen um innovative Organisations- und Beratungsinstrumente wie Mobilitätszentralen und Mobilitätsmanagement;
- + das Setzen der nötigen Initiativen in steuerlicher, raumordnungsrechtlicher, vergaberechtlicher, beschaffungstechnischer, förderungsseitiger, bildungspolitischer und kontrollseitiger Hinsicht in koordiniertem Zusammenspiel mit den dafür zuständigen Ressorts sowie den Ländern und Gemeinden;
- + das Sicherstellen der nötigen Finanzmittel über eine grundlegende und umfassende aufkommensneutrale Ökologisierung des Steuersystems, zusätzliche Mittel der Klimastrategie und über einen ökologisch und klimaschutzpolitisch überarbeiteten Finanzausgleich.

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden weiters aufgefordert, über die Umsetzung dieser "Kyoto-Offensive Verkehr" dem Nationalrat regelmäßig Bericht zu erstatten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.

